



Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen

Messungen weltweit belegen, dass das Klima begonnen hat sich zu verändern, weit über das hinaus, was als natürliche Schwankungen erwartet werden könnte. Es gibt keinen Zweifel mehr an der globalen Erwärmung, wie inzwischen Beobachtungen des Anstiegs der weltweiten durchschnittlichen Luft- und Meerestemperaturen, des weitverbreiteten Abschmelzens von Schnee und Eis und der steigenden weltweiten durchschnittlichen Meeresspiegel belegen. Empirische Belege von allen Kontinenten und fast allen Ozeanen zeigen, dass viele natürliche Systeme von regionalen Klimaveränderungen, insbesondere von steigenden Temperaturen betroffen sind. Klimawandel ist nicht mehr lediglich ein weit entferntes mögliches Szenario: Menschen, die Wirtschaft und Ökosysteme erfahren schon jetzt die ersten Auswirkungen. Und dies ist erst der Anfang.

Vorsorge ist besser als Nachsorge

Wie das Sprichwort sagt: Vorsorge ist besser als Nachsorge. Aus diesem Grunde war es lange Zeit das einzige erklärte Ziel der Klimapolitik, den Klimawandel abzuwenden (Mitigation). Um den Klimawandel aufzuhalten, wäre eine drastische Reduzierung des Ausstoßes von CO₂ und anderen Treibhausgasen in die Atmosphäre oder deren Auffangen in Wäldern, Meeren oder unterirdischen Speichern erforderlich.

1997 in Kyoto beschlossen die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten

Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) erste Schritte, um die Ursachen des Klimawandels anzugehen. Gemäß des Kyoto-Protokolls verpflichteten sich die entwickelten Länder kollektivvertraglich, den Gesamtausstoß von sechs verschiedenen Treibhausgasen gegenüber dem Jahr 1990 um 5,2 Prozent zu reduzieren, berechnet als Durchschnittswert über den Fünfjahreszeitraum von 2008 bis 2012.

Tatsächlich hat das Handeln jedoch nicht den Verpflichtungen entsprochen. In den reichen Ländern sind die Emissionen sogar um rund 10 Prozent gestiegen.

Eine weitere Erwärmung um nahezu 1°C ist bereits jetzt als Folge der Emissionen in der Vergangenheit unabwendbar. Darüber hinaus ist die Zwischenstaatliche Sachverständigen-gruppe über Klimaänderungen (IPCC) zu dem Ergebnis gekommen, dass selbst die striktesten Mitigationsanstrengungen den weiteren Klimawandel in den nächsten Jahrzehnten nicht abwenden könnten. Am schwersten werden diese Veränderungen die Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern treffen, insbesondere jene, die bereits in randständigen und gefährdeten Gebieten leben. Daher wird Nachsorge genauso wichtig wie Vorsorge.

Verantwortung für und Verpflichtung zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen

Klimawandel wird in erster Linie durch die Verbrennung fossiler Energieträger verursacht. Während die Vereinigten Staaten bis heute für rund 30 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind, und Deutschland ungefähr 7 Prozent beigetragen hat, sind alle afrikanischen Länder zusammen gerade einmal für 3 Prozent der bisherigen Emissionen verantwortlich. Dennoch werden die afrikanischen und anderen Entwicklungsländer als erste die oben aufgeführten Folgen zu spüren bekommen, vor allem weil diese Länder über die geringsten Möglichkeiten verfügen, Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen.

Entwickelte Länder haben darum die moralische Verpflichtung, Entwicklungsländern zu helfen, sich auf die Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten. Weit wichtiger noch: sie sind gesetzlich dazu verpflichtet. Artikel 4.4 des UN-Klimaübereinkommens (UNFCCC) verpflichtet die entwickelten Länder dazu, die Entwicklungsländer, die besonders anfällig für die negativen Folgen des Klimawandels sind, dabei zu unterstützen, die Kosten der Anpassung an diese Gefährdungen zu tragen. Da sich das Klima verändert und die Notwendigkeit zur Anpassung immer deutlicher wird, haben verschiedene Organisationen versucht, die für die Anpassung vor allem in Entwicklungsländern benötigten Geldmittel vorzuberechnen. So hat beispielsweise das Sekretariat des UNFCCC vor kurzem ermittelt, dass die zusätzlichen Investitionen und Finanzflüsse, die für die Anpassung benötigt würden, bis 2030 bei 60 bis 182 Milliarden US-Dollar liegen würden. Aufgrund von Artikel 4.4 wird der finanzielle Bedarf für die Anpassung in diesen Ländern, im Gegensatz zu

dem der entwickelten Ländern, in den globalen Klimaverhandlungen diskutiert. Dies bedeutet nicht, dass Anpassung in den entwickelten Ländern unwichtig ist, sondern vielmehr, dass es dort eine innerstaatliche Angelegenheit ist, die nicht die Beteiligung der internationalen Gemeinschaft erfordert.

Anpassung, Mitigation und politische Strategien

Anpassung hat jedoch ihre Grenzen, so dass Mitigation unabdingbar bleibt. Sich ausschließlich auf Anpassung zu verlassen, würde zu einem Ausmaß von Klimawandel führen, das nicht mehr zu bewältigen und demzufolge katastrophal für die nachfolgenden Generationen wäre. Erfolgreiche Maßnahmen gegenüber dem Klimawandel müssen daher sowohl Mitigation als auch Anpassung beinhalten. Dennoch bestehen diverse Unterschiede zwischen diesen beiden Strategien. So sind die Ergebnisse von Mitigations-



maßnahmen zum Beispiel weltweit spürbar: Die Auswirkungen auf das globale Klima werden gleich sein, unabhängig davon, wo die Treibhausgasemissionen gesenkt werden. Anpassung hingegen schafft in der Regel nur dort Nutzen, wo sie umgesetzt wird: der Umfang eines beeinflussten Systems ist bestenfalls regional, meist jedoch lokal. Überdies wird es mehrere Jahrzehnte dauern bis die Auswirkungen der Mitigationsmaßnahmen sichtbar werden, weil die Treibhausgase über lange Zeit in der Atmosphäre erhalten bleiben. Maßnahmen zur Anpassung können dagegen an den Orten, die bereits heute den Klimarisiken ausgesetzt sind, sofortigen Nutzen bringen.



Das gestiegene Verständnis für die Notwendigkeit von Anpassung und deren Unterschiede gegenüber Mitigation spiegeln sich inzwischen auch in den internationalen klimapolitischen Verhandlungen im Rahmen des UNFCCC wieder: Der Aktionsplan von Bali, der Ende 2007 verabschiedet worden war, misst Maßnahmen zur Mitigation und Anpassung gleichviel Bedeutung bei. Darüber hinaus erkennt er in Technologietransfer und Finanzierung die Schlüsselmechanismen, um die Entwicklungsländer zu befähigen, auf den Klimawandel zu reagieren.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Das weltweite Interesse an Anpassungsmaßnahmen ist von großer Bedeutung, was jedoch nichts an der Tatsache ändert, dass es sich vor allem um eine Aufgabe für Haushalte, Bauern, Wasserverwalter, Küstenplaner, Gesundheitsfachleute und andere, vor allem lokale Akteure handelt. Die Verhandlungen innerhalb des UNFCCC drehen sich daher in erster Linie um die Frage, wie die internationale Gemeinschaft Anpassungsmaßnahmen am besten unterstützen kann sowie um die Verantwortlichkeiten nationaler Regierungen. Bei den Verhandlungen geht es nicht darum zu entscheiden, wie Anpassungsmaßnahmen am besten von den verschiedenen lokalen Akteuren umgesetzt werden.

Die Erfahrungen vieler Nichtregierungsorganisationen (NRO) bei der Reduzierung des



Gefährdungspotentials der Bevölkerung und ihre Fähigkeit, Veränderungen in lokalen Gemeinden zu bewirken, gelten als außerordentlich wichtig, um sicherzustellen, dass die weltweite Unterstützung und guten Absichten in Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden. Der einzige Hinweis auf NRO findet sich in Artikel 4.1(i) der UNFCCC, der die Vertragsparteien dazu verpflichtet, Bildung, Ausbildung und öffentliches Bewusstsein auf dem Gebiet der Klimaänderungen zu fördern und dabei zusammenzuarbeiten sowie zu möglichst breiter Beteiligung an diesem Prozess, auch von nichtstaatlichen Organisationen, zu ermutigen. ■

*Richard J. T. Klein
ist Experte für Klimapolitik am Stockholm
Environment Institut in Schweden.*